

Straßburg und Kehl im 1. Weltkrieg

Von

Bernard Vogler

1914 befanden sich Straßburg und Kehl im wilhelminischen Kaiserreich und waren durch den Rhein in zwei politische Einheiten getrennt: das Großherzogtum Baden rechts und das Reichsland Elsass-Lothringen links des Flusses. Die wirtschaftliche Einheit blieb aber gewahrt und gefestigt durch die Rheinbrücke und die Tramlinie. Bei Ausbruch des Krieges war das demographische Gewicht beider Städte sehr ungleich. Die Metropole des Elsass' zählte 180.000, Kehl, das 1910 teilweise noch ländlich geprägt war, nur 9000 Einwohner¹.

Nach dem Ausbruch des Krieges gehörten beide Städte zum Festungsbereich und lebten somit unter dem Befehl des gemeinsamen Festungskommandanten, was öfter den Handel und den Verkehr zwischen beiden Ufern behinderte. Dazu kam noch der politische Unterschied zwischen dem Großherzogtum und dem Reichsland. Seit Kriegsausbruch wurde die Rheinbrücke stark kontrolliert. Die badischen Staatsangehörigen brauchten eine behördliche Genehmigung, um das Elsass zu betreten, wie auch umgekehrt die Elsässer nicht ohne entsprechende Dokumente den Rhein überqueren durften. Die Truppen, die nach Westen fuhren, wurden an der Brücke informiert, dass sie nun eine „unzuverlässige“ Gegend betreten würden, was die jungen elsässischen Soldaten sehr beleidigte, wie mir ein Augenzeuge aus Obermodern im Hanauerland bestätigte. Wenigstens blieb der ganze Festungsbereich auf beiden Seiten des Rheins während der vier Kriegsjahre von Bombardierungen und anderen Zerstörungen verschont.

I. Die Stadtratsprotokolle

Dieser Vortrag stützt sich hauptsächlich auf die Gemeinderatsprotokolle beider Städte. Da die Sitzungen in Straßburg zahlreicher waren, sind diese viel inhaltvoller als die von Kehl. Die Straßburger Niederschriften legen den Schwerpunkt auf die Ernährungspolitik, während die Kehler besonders die Einquartierungen thematisieren. Da es in Kehl viel weniger Kasernen gab als in Straßburg – wo

¹ Vortrag, gehalten in Kehl am 26. Juni 2014 auf der Jahresversammlung der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg.

sehr viele Kasernen nach 1870 in der Neustadt gebaut worden waren – musste die Bevölkerung die Last alleine tragen. Manche Familien hatten bis zu 30 Soldaten, die zumeist alle zwei bis drei Wochen wechselten, während der ganzen Kriegsdauer zu versorgen. Diese Soldaten sollten zum Teil durch die Familien ernährt werden. In Straßburg traf es besonders die Vororte, die fast ständig belegt waren, so dass die Innenstadt nahezu verschont blieb. Zahlenmäßig waren es oft zwei bis drei Personen, aber die Einwohner wurden nur für die Pension der Offiziere, nicht für die der Unteroffiziere und der gemeinen Soldaten entschädigt.

Das zweite Thema, das die Öffentlichkeit sehr beschäftigte, waren Teuerung und Rückgang der Kaufkraft. In den Zeitungen und auf den Straßen, überall schrie, redete, klagte und schimpfte man darüber. Die Knappheit war zum Glück in Kehl viel geringer, weil ein großer Teil der Einwohner einen Garten besaß. Ende 1915 gab es ausreichend Milch und Kartoffeln in Kehl. Nur ärmere Einwohner waren nicht gut versorgt.

II. Die Ernährungspolitik der Stadt Straßburg

1) Die Folgen der Mobilmachung

Während die Sitzung des Stadtrats in Straßburg am 29. Juli 1914 noch keine Hinweise auf einen eventuellen Krieg enthält, wurde bereits am 3. August eine außerordentliche Sitzung gehalten, um Maßnahmen als Folge der Mobilmachung zu treffen. Die öffentliche Gewalt ging an den Gouverneur des Festungsbereichs über – entsprechend den Vorschriften des preußischen Belagerungszustandes vom 4. Juni 1851, die nur sehr ungenügend an die neue Zeit angepasst worden waren.

Die Verordnungen teilen sich in vier Hauptthemen. Eine Personenstandsaufnahme wurde eingeführt, um einen Überblick über die Einkommensverhältnisse der Familien zu erhalten. Um die Lebensmittel besser zu verwalten, wurden Kriegsgesellschaften gegründet und ein Verwaltungsapparat aufgebaut sowie eine Preisprüfungsstelle eingerichtet, um den „Schleichhandel“ oder Schwarzhandel zu bekämpfen.

In den ersten Tagen des Monats August 1914 nahmen die Verordnungen auf dem Gebiet der Lebensmittel- und Futtermittelversorgung schnell zu, so dass sogar die Verwaltungsstellen Mühe hatten, dem Rhythmus der Veröffentlichung der neuen Verordnungen und der „Gesetzgebungsmaschine“ zu folgen. Die Flut der Reglementierungen ging so weit, dass es im letzten Kriegsjahr fast keine Bereiche mehr gab, die sich einer Kontrolle entziehen konnten.

Der Stadtrat von Straßburg blieb in all seinen Rechten und Pflichten erhalten, aber er unterstand den Maßnahmen des Gouverneurs. Der Bürgermeister wurde verpflichtet, Lebens- und Futtermittel für die Bevölkerung und Garnison für 1809 Tage anzuschaffen, was als *eiserner Bestand* bezeichnet wurde. Zeitweise

bestand die Gefahr eines Angriffs der Franzosen auf Straßburg, so dass eine Räumung der ganzen Stadt geplant wurde, obwohl der Oberbürgermeister sich heftig dagegen sträubte. Aber die militärische Entwicklung in den Vogesen und die Wirkungskraft der Feste Mutzig im Breuschtal im August 1914 schoben eine eventuelle Räumung für die Dauer des Krieges in den Hintergrund.

Das größte Problem der Zivilbevölkerung waren die zunehmende Knappheit und Teuerung der Lebensmittel während des Krieges, da sich die Importe nur auf wenige kleine neutrale Staaten beschränken mussten. Seit dem Ausbruch des Krieges bemühte sich Bürgermeister Rudolf Schwander sehr um die Anschaffung von *eisernen Reserven* der wichtigsten Lebensmittel. Zu diesem Zweck gründete er eine Reihe von Kriegsgesellschaften, um große Mengen anzukaufen. Bis 1917 handelte es sich um folgende elsässischen Kriegsgesellschaften: Straßburger Milchzentrale für die Versorgung der Stadt mit Milch und Butter; Bezirksstelle für Gemüse und Obst bzw. zur Förderung der Erzeugung, Verwertung und Haltbarmachung von Gemüse und Obst; Versorgung der Bevölkerung mit Fisch, Fischkonserven und Geflügel; Bereitstellung und Verkauf von Möbeln, Zucker, Saccharin und Kaffeeersatz; städtische Bekleidung. Dazu kamen noch etliche Reichsgesellschaften, an denen die Stadt beteiligt war.

2) Getreide und Brot

Die größte Sorge der Bevölkerung galt der Versorgung mit Getreide, da das Brot immer noch die Basis der Ernährung war. Durch die Einführung von Einkaufsmarken schien dieses Problem gemeistert zu werden, aber die Stadtverwaltung konnte eine Steigerung des Brotpreises wegen des Rückgangs der Getreideprodukte nicht verhindern. Auch in der Adventszeit herrschte diese Knappheit, so verbot 1915 der Stadtrat, Getreidemehl für die Weihnachts-, „bredle“ oder -gebäck zu verwenden. Nur Mais- und Kartoffelmehl waren erlaubt.

3) Die Milchversorgung

Neben dem täglichen Brot spielte die Milch eine bedeutende Rolle. Der freie Verkauf von Milch sank sehr stark nach Kriegsbeginn. Der Aufbau einer Milchzentrale mit Sammelstellen in den verschiedenen Stadtvierteln, wie er im Dezember 1914 vom Stadtrat genehmigt wurde, stieß auf viele Hindernisse, besonders wenn die gelieferte Milch eine gewisse Zeit im Freien lagerte und sich in Sauermilch verwandelte und so als verloren galt. Es kam zur Bildung von Milchbezirken. In jedem gab es einen Empfang, eine Bearbeitung (Entrahmung) und Verteilung gegen Milchkarten. Jeden Tag wurden in Straßburg ungefähr 40.000 Liter verarbeitet, aber der reale Bedarf lag bei rund 47.500 Liter. Die Erwachsenen erhielten nur entrahmte Milch. Nur Kinder und Kranke hatten Anrecht auf Vollmilch, während der Rahm in Butter verwandelt wurde. Diese wurde öfters in Paketen unter 25 Gramm verkauft. Auch gab es bei der Butter

ganz unterschiedliche Qualitäten. An den Ausgabestellen hatte die gesalzene Butter aus Holland keine gute Qualität.

Die Stadt führte Milch aus Lothringen, Baden und sogar aus der Schweiz ein. Dazu handelte die Verwaltung Abkommen aus, um den Ankauf zu sichern, so 1916 mit der Stadt Saarbrücken für eine tägliche Lieferung von 12.000 bis 18.000 Liter Milch aus Lothringen, um so besser eventuellen Rückschlägen entgegen treten zu können, wie zum Beispiel als im August 1915 die Schweiz den Export von Milch nach Deutschland verbot, obwohl sich Ende 1914 der Allgemeine Konsumverein von Basel verpflichtet hatte, ein gewisses Quantum Milch an Straßburg zu liefern. Wenigstens kooperierten die Züchter von Milchkühen gut mit der Stadt.

4) Die Fleischproduktion

Die Fleischproduktion stellte ein anderes Problem dar. Schon am 1. August 1914 gründete der Bürgermeister ein städtisches Fleischamt, das in wenigen Tagen 165.000 kg Fleisch ankauft. Man richtete eine Fleischverkaufshalle und eine Wurstfabrik ein und mietete einen großen leeren Brauereikeller in Schiltigheim. Aber nach einiger Zeit wurde die Konservierung der Vorräte zum Problem, da nur gesalzenes und geräuchertes Fleisch länger aufbewahrt werden konnte. Der Bau einer Mastanstalt erlaubte, Schweinefleisch für die Wurstherstellung sowie gelegentlich einen geräucherten Schinken zu liefern.

Wie bei der Milch war die Relation zwischen Angebot und Nachfrage an Schlachtvieh fast immer sehr schwankend. Im Sommer 1916 errechnete sich bei einer wöchentlichen Ration von 300 g Fleisch pro Person ein Gesamtbedarf von 200.000 Kilo. Der Ankauf des Schlachtviehes war meistens sehr schwierig. Ende 1916 wurde die Ration von 300 g auf 175 g herabgesetzt, und trotzdem konnte dieser Anspruch nicht eingelöst werden, so dass viele Leute stundenlang Schlange standen und das noch ohne Erfolg.

Ein besonderes Problem war Ende 1916 die geringe Lieferung von Schweinen an das Schlachthaus. Etliche Familien hatten seit sechs Wochen kein Gramm Schweinefleisch erhalten. Jede Woche wurden nur etwa zehn Schweine in Straßburg geschlachtet. Im Elsass wurden nämlich die Schweine in den Bauernhöfen nur für den Privatverbrauch aufgezogen, und den Eigentümern war erlaubt, die Schlachtungen zu Hause durchzuführen. Im ersten Kriegsjahr gab es noch ein Überangebot an Schweinen: Wegen einer drohenden Kartoffelknappheit wurden zahlreiche Schweine verkauft. Das zweite Kriegsjahr brachte einen Rückgang der Importe, was einen Anstieg der Preise förderte und die Futtermittel verteuerte und so zu einem Rückgang von Schweinefleisch und -fett führte. Trotzdem blieben die Preise des Fleisches niedriger als in anderen Städten.

Im Frühjahr 1917 errichtete die Stadt sechs Ställe, um etwa 2000 bis 3000 Schweine innerhalb von neun Monaten zu mästen. Die Schweine wurden zum

Teil mit Hausmüll, der extra gesammelt wurde, gefüttert sowie mit dem Blut aus dem Schlachthaus, das getrocknet wurde und in fein gemahlenem Zustand dem Vieh gegeben wurde.

5) Die Kleintierzucht

Neben dem Fleisch der Metzgereien entwickelte sich besonders in Privathäusern mit Garten in Kehl eine gewisse Kleintierzucht (besonders Ziegen und Kaninchen), in Straßburg wurden die Tiere in Kellern und Speichern gehalten, wie aus einer Bestandsaufnahme aus sanitären Gründen im Sommer 1917 zu ersehen ist. Wegen der Eier und dem Fleisch war Geflügel (Hühner, Gänse) sehr gefragt. 1917 hatten die Leiter des Straßburger Futtermittelamtes die Idee, eine gewisse Zahl Eier von den Hühnerzüchtern zu verlangen, obwohl es natürlich unmöglich war, eine genaue Menge im Voraus anzugeben – eine Anekdote, die viel Erregung ausgelöst hat.

6) Andere Lebensmittel

Das Gemüse spielte eine bedeutende Ergänzung für die Lebensmittel, so dass die Stadt Straßburg die Gründung einer Kriegs-Gemüsebau- und Verwertungsgesellschaft erreichte, um das nicht gleich verspeiste Gemüse zu verwerten.

Die Behörden förderten die Anlegung von kleinen Gemüsegärten, sowohl auf privatem wie öffentlichem Eigentum, das brach lag, für eine Mark Miete jährlich pro Ar bei einer Durchschnittsgröße von drei bis vier Ar: 1916 zählte man 2892 öffentliche und 1530 private Gärten, die hauptsächlich von Arbeitern und Angestellten bebaut wurden. Diese Politik wurde besonders vom Stadtrat Jacques Peirotes, dem späterem „maire“ (Bürgermeister) der Stadt Straßburg von 1919 bis 1929, gefördert. Im Frühling 1918 erschien Spargel von Hœrdt auf dem Markt in Straßburg zu einem einheitlichen Preis von 1,25 M das Kilo, während in Colmar der aus Horburg kommende Spargel bedeutend billiger war (0,75 M). Unter den Sonderfällen kann man auch die Fischzucht erwähnen. So erscheint ein Forellenzüchter, der die nicht mehr verwendbaren Fleischabfälle für die Ernährung der Forellen sammelte.

7) Ess- oder Kriegsküchen in Straßburg

Da aber diese Maßnahmen trotz aller Bemühungen der Stadtpolitik keine wahre Lösung für das Lebensmittelproblem der ärmeren Volksschichten darstellten, entschloss sich schließlich die Stadt, Ess- oder Kriegsküchen zu eröffnen, als offene Gaststätten, wo jedermann einen Teller mit einfachen Speisen (Kartoffeln, Teigwaren, etwas Gemüse und Wurst) für einen kleinen Preis, 70 Pfennig am Mittag und 50 Pfennig am Abend, erhielt. Diese Küchen wurden gut besucht. Im ersten Monat wurde die erste und noch einzige Küche auf dem Metzgerplatz (place d'Austerlitz) von 18.000 Personen besucht, darunter 51 Prozent

Arbeiter. Etwas später bildeten die Arbeiter 80 Prozent der Kunden. Nach fünf Vierteljahren war die Zahl der Küchen auf 14 angestiegen, und 1918 gab es 16 Stellen, die täglich 36.000 Personen versorgten. Eine Inspektion dieser städtischen Kriegsküchen 1917 lieferte einen sehr zufriedenstellenden Bericht.

III. Andere Verbrauchsgegenstände und Alltagsgeschichte

Aber auch andere Verbrauchsgegenstände wurden immer knapper, weil die Rohmaterialien nicht mehr eingeführt werden konnten, trotz der Vermehrung von künstlichen Stoffen und vielerlei Ersatzprodukten auf zahlreichen Gebieten. Diese Knappheit wirkte besonders auf dem Gebiet der Energie.

1) Die Energie

Die Kohleproduktion ging aufgrund der sinkenden Zahl der Arbeiter zurück, weil nur die am selben Tag eingetroffene Kohle für die Gasproduktion genutzt werden konnte. Die Kohlenkarten wurden in fünf Kategorien unterteilt, je nach der Größe der Wohnungen und der Zahl der Bewohner.

Die Elektrizitätsgesellschaft von Straßburg lieferte an das Gaswerk nur minderwertige Kohle, was eine Verstopfung der Gasleitungen zur Folge hatte. In der Orangerie wurden 1916 die Petroleumlampen durch Strom ersetzt, an anderen Stellen durch Gaslampen. Andere Einschränkungen waren eine Gassperre in den Wohnungen von 14 bis 19 Uhr. Die elektrische Straßenbeleuchtung wurde seit April 1915 nach 22 Uhr eingestellt.

2) Das technische Material und die Tram

Die allgemeine Versorgungsnot wirkte sich auch auf technisches Material und auf die Tram aus. Im Mai 1917 wurde der Verkehr der Tram bedeutend beschränkt: Die Vorortlinien kamen nicht mehr in das Zentrum, sondern fuhren nur bis zum Metzger- Platz, wo die Gäste umsteigen mussten. Die Tramgesellschaft von Straßburg konnte nicht mehr genügend Material für den Unterhalt der Wagen anschaffen, wie Kupfer, Lagermetalle und Achsen; dazu kam, dass der größte Teil der Materialien sehr minderwertig war, so dass ein guter Teil des Wagenparks in den Depots bleiben musste. Im Mai 1917 waren nur noch 86 von 155 Wagen und 113 Motorwagen fahrtüchtig.

3) Billiges Material

Das große Schlagwort der Kriegszeit war „sparen“ oder „billigeres Material verwenden“. Etliche Verwaltungen gaben hier das Beispiel: Um Papier zu sparen, erließ die Stadt Straßburg 1916 eine Verordnung an alle Angestellte, die ihnen verbot, Notizblöcke anzuschaffen. Wenn Notizen nötig waren, wurden die Angestellten gebeten, dazu nur Papierabfälle zu verwenden. Der Gebrauch von

Seife war in den Büros und sonstigen Betriebsstellen nicht mehr gestattet, und Waschseife sollte nicht mehr beschafft werden.

4) Die Zensur

In der Alltagsgeschichte spielte die Zensur eine bedeutende Rolle. Als Beispiel sei die Schlacht an der Marne (September 1914) genannt, die weder in der allgemeinen noch in der evangelischen Presse erwähnt wurde. Ende 1915 wurde im Stadtrat geklagt, dass in anderen Städten die Zensur weniger streng sei, während in Straßburg eine Präventiv-Zensur praktiziert würde. 1917 wurde die Zensur auf Befehl aus Berlin weiter verschärft. Sie betraf Veröffentlichungen und Sitzungen aller Art, auch die der öffentlichen Körperschaften. Die Zensur bezog sich auch auf die von der Stadtverwaltung herausgegebenen Drucksachen, wie Berichte über Jahresergebnisse bei Anstalten und Betrieben. Sogar die Protokolle der Stadtratssitzungen wurden vor dem Druck der Zensur unterworfen.

Bei der Post wurde die Zensur meistens von jungen Frauen durchgeführt. So kam es, dass diese auch intime Details von Ehepaaren zu lesen bekamen. Und obwohl sie einen Eid geleistet hatten, kam es vor, dass manche junge Frau die Autoren einiger Briefe persönlich kannte und den Inhalt weitergab. Im Allgemeinen wurden die Mitarbeiterinnen der Briefzensur in andere Stadtviertel versetzt, wo sie niemand kannten. Ende 1917 gab es Versuche, die Briefe nicht mehr zu verschließen, was aber als außerordentlich peinlich empfunden wurde.

5) Die Weihnachtspakete

Unter den verschiedenen Aspekten möchte ich auch die Weihnachtspakete oder Liebesgaben an die im Feld stehenden Soldaten erwähnen. Der Inhalt der Sendungen war immer derselbe. Der Stadtrat ließ entsprechende Pakete in der Weihnachtszeit von 1914 bis 1917 an alle Soldaten, die 1914 in Straßburg gewohnt hatten, verschicken, das waren jährlich rund 14.000 Pakete mit einem Gesamtgewicht von einem Pfund, bestehend aus 14 verschiedenen Artikeln, darunter Lebkuchen, Zigarren, Zigaretten, eine Zahnbürste oder ein Tintestift. In den folgenden Jahren ist ein Rückgang des Gewichts auf 275 g im Jahr 1917 zu erwähnen. Nun fanden sich ein Kartenspiel, ein Notizbuch, zwölf Sicherheitsnadeln und ein Taschenspiegel unter den Gaben. Neben diesen persönlich adressierten Paketen übergab die Stadt ebenso viele anonym an das Rote Kreuz. Aus dem Inhalt können hier ein Liederbuch oder Hosenkнопfe erwähnt werden.

6) Die Kriegsanleihen

Straßburg und Kehl beteiligten sich an den neun Kriegsanleihen, deren Erfolg aber im Laufe der Jahre zurückging. Die vierte Anleihe vom März 1916 hatte die Gemüter in Straßburg etwas aufgeregt, da ein Teil des Lehrpersonals durch die

Behörde angeregt wurde, die Eltern ihrer Schüler aufzufordern, sich großzügig zu zeigen. Bei der sechsten Kriegsanleihe (März 1917) verfügte Oberbürgermeister Schwander mit der Formulierung: *es ist erwünscht und angezeigt*, dass die Stadt Anleihen in Höhe von 290.000 Mark zeichnete. Finanziert wurde dies durch Umschreibung von Wertpapieren, die ausliefen, und durch eine Lotterie der Münsterbauhütte. Man kann aber feststellen, dass Schwander nur einmal – wenn alle Zeichnungen in den Protokollen verzeichnet sind – für die Stadt als solche eine Anleihe zeichnete.

7) Die Wirtschaftskrise in Straßburg

In den letzten Kriegsjahren erlebte die Stadt Straßburg eine Wirtschaftskrise. Der Kriegsbeginn hatte zunächst in etlichen Sektoren (Druckerei, Goldschmiede) eine gewisse Arbeitslosigkeit verursacht. Im September 1914 waren davon 300 bis 400 Männer und 1300 Frauen betroffen. Später erschien dieses Problem nicht mehr. Die wachsende Krise förderte ab 1917 zahlreiche – fast immer falsche – Gerüchte, wie zum Beispiel über die Beschlagnahmung von Gemüse. An der Sitzung von 20. Juli 1917 beklagte sich Schwander, *es fange an Unzufriedenheit und Unruhe in der Stadt zu entstehen*. Drei Monate später stellte er fest, dass *die jetzige Lage in allen Bevölkerungsschichten als außerordentlich peinlich empfunden wird*. Viele Gerüchte seien im Umlauf, die aber ihn nicht erreichen würden.

8) Bürgermeister Schwander

In den vier langen Kriegsjahren hat sich Schwander wirklich in seinem Amt entfaltet. Er wurde der Motor der Stadtverwaltung bis in die letzten dünnsten Verzweigungen und Einzelheiten. Sein Handeln entsprach dem Ausdruck *salus publica suprema lex* (das öffentliche Wohlergehen ist das oberste Gesetz), wodurch er Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik miteinander verband. Seine weitläufigen Methoden für die Versorgung der Stadt verhinderten die Evakuierung der Bevölkerung von Straßburg. Seine Verdienste wurden auf hoher Ebene anerkannt. Die Straßburger Fakultät der Medizin verlieh ihm den Dokortitel für seine großen Verdienste für die Versorgung der Stadt und somit die Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung. Im September 1917 wurde er zum Leiter des Reichswirtschaftsamt in Berlin ernannt, der dritthöchsten Stelle im Innenministerium des Reiches, die er aber bereits nach drei Monaten wieder verließ, um sein Amt in Straßburg weiter zu führen. Im Oktober 1918 wurde er, ein Elsässer, zum Statthalter im Reichsland ernannt. Aber die Ereignisse überstürzten sich; mit dem Waffenstillstand (11. November) reichte er seine Demission ein und wanderte noch vor dem Einzug der französischen Truppen (22. November) aus Straßburg aus.

IV. Rückkehr des Elsass zu Frankreich

Die Revolution dauerte nur eine kurze Zeit (8. bis 21. November) und blieb auf die Stadt Straßburg beschränkt. Ein *Soviet* von Soldaten und Arbeitern bildete sich. Jacques Peirotes, Chef der Sozialdemokraten und Leiter der Zeitung *Freie Presse*, wurde einstimmig am 10. November 1918 zum neuen Bürgermeister gewählt. Er versuchte die Stadt mitten in den Unruhen bis zur Ankunft der Franzosen so gut wie möglich zu leiten. Am 11. November bildeten die Mitglieder des Landtags von Elsass-Lothringen einen Nationalrat, der aber von den französischen Behörden ignoriert wurde.

In den Wochen des Umbruchs wurde versucht eine Anarchie zu vermeiden, während die Franzosenfreundlichen die Ankunft der Franzosen vorbereiteten. Am 22. November zog die IV. Armee unter der Leitung des Generals Gouraud in Straßburg durch die von Schwander errichtete Neue Straße, die seit 1919 den Namen rue du 22 Novembre trägt, ein. Der Empfang war allen Berichten zufolge sehr begeistert. Dieselbe Begeisterung offenbarte sich bei der Reise von Raymond Poincaré, Präsident der Republik, und Ministerpräsident Georges Clemenceau am 9. und 10. Dezember.

Während der Installation der französischen Behörden hatte die städtische Kommission, die den Stadtrat provisorisch ersetzte, am 29. November ihre letzte Sitzung gehalten. Sie löste den Stadtrat auf, worauf eine neue Kommission von 25 Mitgliedern durch Zuruf gewählt wurde, an ihrer Spitze standen: ein Präsident, Léon Ungemach, der Alterspräsident, zwei Vizepräsidenten, Peirotes und Neunreiter, sowie Hugo Haug als Sekretär.

Ende Dezember 1918 klagte der Stadtrat über allgemeine Missstimmung und ein schlechtes Klima in den Verwaltungen, wo niemand mehr ernsthaft arbeitete. Er bedauerte die durch die *épuration* (Säuberung) erfolgte Trennung. Die Elsässer wollten nicht mehr arbeiten, so lange noch „Altdeutsche“ in den Verwaltungen waren, und umgekehrt waren die „Altdeutschen“ nicht mehr motiviert, da sie von einer Ausweisung bedroht waren.

